

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

### **a) zu dem Antrag der Fraktion SPD – Drucksache 17/11005 –**

**Gemeinsam die Modernisierung Russlands voranbringen – Rückschläge  
überwinden – Neue Impulse für die Partnerschaft setzen**

### **b) zu dem Antrag der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Agnes Brugger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/11002 –**

**Keine Modernisierung Russlands ohne Rechtsstaatlichkeit**

#### **A. Problem**

Zu Buchstabe a

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass Russland ein mitunter unbequemer, aber auch unverzichtbarer Partner bei der Bewältigung globaler Probleme sei. Eine strategische Partnerschaft mit Russland sei von elementarem Interesse für die EU. Die 2007 ins Leben gerufene Modernisierungspartnerschaft biete Anknüpfungspunkte, um Russland bei der Bewältigung seiner immensen Aufgaben wie der Stärkung der Meinungs- und Pressefreiheit, dem Aufbau einer unabhängigen Justiz, der Modernisierung der Wirtschaft, der staatlichen Verwaltung und des Bildungssystems, der Einhaltung der Menschenrechte, der Respektierung bürgerlicher Freiheiten sowie dem Ausbau und der Förderung der Dialoge zivilgesellschaftlicher Gruppen zu unterstützen. Die Bundesregierung wird zu einer Reihe entsprechender Maßnahmen aufgefordert.

Zu Buchstabe b

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass ein demokratisches und rechtsstaatliches Russland die Möglichkeit einer strategischen Partnerschaft zwischen Russland und der Europäischen Union eröffnen werde. Die aktive Unterstützung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierung des Landes sei ein Ziel deutscher Politik, insbesondere bei der Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit und der Förderung der russischen Zivilgesellschaft. Mit dem

Beitritt zum Europarat habe sich Russland dem Aufbau eines Rechtsstaates mit einer offenen und pluralistischen Gesellschaft verpflichtet. Insbesondere seit 2011 häuften sich aber Anzeichen dafür, dass die russische Staatsführung das Ziel einer umfassenden Modernisierung zunehmend in Frage stelle. Zu begrüßen sei die neue gesellschaftliche Dynamik in Russland, deren Unterstützung ein Kernanliegen deutscher und europäischer Politik sei. Die Bundesregierung wird zu einer Reihe entsprechender Maßnahmen aufgefordert.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11005 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/11002 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.**

## **C. Alternativen**

Zu Buchstabe a

Keine.

Zu Buchstabe b

Keine.

## **D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Zu Buchstabe a

Keine.

Zu Buchstabe b

Keine.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/11005 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/11002 abzulehnen.

Berlin, den 7. November 2012

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Ruprecht Polenz**  
Vorsitzender

**Philipp Mißfelder**  
Berichterstatter

**Franz Thönnies**  
Berichterstatter

**Patrick Kurth (Kyffhäuser)**  
Berichterstatter

**Wolfgang Gehrcke**  
Berichterstatter

**Kerstin Müller (Köln)**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Philipp Mißfelder, Franz Thönnies, Patrick Kurth (Kyffhäuser), Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11005** in seiner 199. Sitzung am 19. Oktober 2012 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Innenausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/11002** in seiner 199. Sitzung am 19. Oktober 2012 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass Russland ein mitunter unbequemer, aber auch unverzichtbarer Partner bei der Bewältigung globaler Probleme sei. Eine strategische Partnerschaft mit Russland sei von elementarem Interesse für die EU. Die 2007 ins Leben gerufene Modernisierungspartnerschaft biete Anknüpfungspunkte, um Russland bei der Bewältigung seiner immensen Aufgaben wie der Stärkung der Meinungs- und Pressefreiheit, dem Aufbau einer unabhängigen Justiz, der Modernisierung der Wirtschaft, der staatlichen Verwaltung und des Bildungssystems, der Einhaltung der Menschenrechte, der Respektierung bürgerlicher Freiheiten sowie dem Ausbau und der Förderung der Dialoge zivilgesellschaftlicher Gruppen zu unterstützen. Die Bundesregierung wird zu einer Reihe entsprechender Maßnahmen aufgefordert.

Zu Buchstabe b

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass ein demokratisches und rechtsstaatliches Russland die Möglichkeit einer strategischen Partnerschaft zwischen Russland und der Europäischen Union eröffnen werde. Die aktive Unterstützung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierung des Landes sei ein Ziel deutscher Politik, insbesondere bei der Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit und der Förderung der russischen Zivilgesellschaft. Mit dem Beitritt zum Europarat habe sich Russland dem Aufbau eines Rechtsstaates mit einer offenen und pluralistischen Gesellschaft verpflichtet. Insbesondere seit 2011 häuften sich aber Anzeichen dafür, dass die russische Staatsführung das Ziel einer umfassenden Modernisierung zunehmend in Frage

stelle. Zu begrüßen sei die neue gesellschaftliche Dynamik in Russland, deren Unterstützung ein Kernanliegen deutscher und europäischer Politik sei. Die Bundesregierung wird zu einer Reihe entsprechender Maßnahmen aufgefordert.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11005 in seiner 86. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/11005 in seiner 84. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11005 in seiner 125. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 17/11005 in seiner 79. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/11005 in seiner 70. Sitzung am 7. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 17/11005 in seiner 87. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/11005 in seiner 75. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/11002 in seiner 70. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/11002 in seiner 68. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/11002 in seiner 75. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. die Ablehnung.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11005 in seiner 67. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/11002 in seiner 67. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 7. November 2012

**Philipp Mißfelder**  
Berichterstatter

**Franz Thönnies**  
Berichterstatter

**Patrick Kurth (Kyffhäuser)**  
Berichterstatter

**Wolfgang Gehrcke**  
Berichterstatter

**Kerstin Müller (Köln)**  
Berichterstatterin





